Gestern fand auf dem Landsgemeindeplatz die 1.-Mai-Feier statt

Ist der 1. Mai nur noch eine Pflichtübung?

Grundsätzliche Gedanken über die Bedeutung des Internationalen Tages der Arbeit machte sich gestern nachmittag auf dem Landsgemeindeplatz Rita Gassmann, Zentralsekretärin der Gewerkschaft VHZL. Als zweiter Referent sprach Christoph Lips, Mitglied der Betriebskommission der Tages-Anzeiger AG, über die Vorfälle im Zusammenhang mit der Entlassung des Gewerkschafters Roland Kreuzer, und Pietro Panico wandte sich mit einem italienischen Referat an seine südländischen Arbeitskolleginnen und -kollegen.

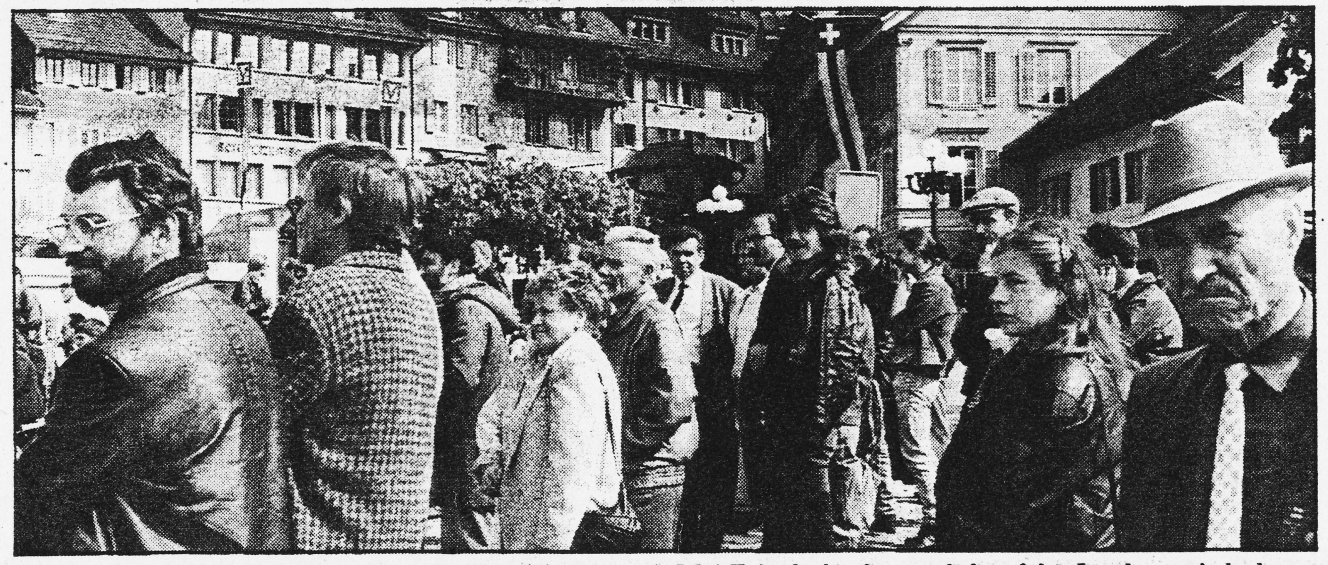
«Wir müssen uns bewusst sein, dass Gewerkschaften anderswo – beispielsweise in der Türkei oder in Südafrika – nicht zu Demonstrationen aufrufen dürfen», sagte Rita Gassmann zu Beginn ihrer Rede. «Der Internationale Tag der Arbeiterbewegung ist zu wichtig, um ihn bei uns als blosse Pflichtübung abzuhalten.» Noch gebe es zuviel Ungerechtigkeit. Deshalb habe der Tag auch etwas mit Herzlichkeit zu tun und mit dem Gefühl, dass Menschen da seien, die etwas verändern möchten. Es sei die Pflicht der Gewerkschaften, in aller Härte und Offenheit darzulegen, an welchen gesellschaftlichen Machtverhältnissen Arbeitnehmerinteressen scheiterten, in welchen Betrieben Frauen unterbezahlt seien und dass der Arbeitsdruck immer stärker zunehme. Insbesondere seien Unternehmen zu nennen, wo Überzeit in geradezu unverschämter Art und Weise geleistet werde. Wie Gassmann ausführte, müssten immer mehr Arbeitnehmer(innen) samstags und sonntags arbeiten, und gegenwärtig stehe gar die Aufhebung des Nachtarbeitsverbots für Frauen zur Diskussion.

«Wir müssen dem gierigen Gewinnstreben Grenzen setzen», sagte Gassmann weiter. «Denn eine humane, solidarische und freiheitliche Zukunft können Menschen nur gestalten, wenn sich die Arbeitszeit nicht nach der Laufzeit der Maschinen ausrichtet.» Ebenso sei es wichtig, gegen die gesundheitliche Gefährdung am Arbeitsplatz einzutreten und Frauen und Männer in die Regierungen zu wählen, «die noch Achtung vor den Menschen haben und nicht nur Kniefälle vor dem Kapital machen». Nur wer aktiv sei, könne etwas verändern, und nur wer solidarisch sei, werde auch Erfolg haben.

Solidarität ist Voraussetzung

Über ein aktuelles Beispiel von solidarischem Handeln informierte Christoph Lips, Mitglied der Betriebskommission des «Tages-Anzeigers». Anfang Jahr wurde Roland Kreuzer, ebenfalls Kommissionsmitglied und seit zwei Jahren Präsident der Zürcher Sektion der Gewerkschaft Druck und Papier, vom Tages-Anzeiger-Management entlassen. Darauf wurden verschiedenste Protest-und Solidaritätskundgebungen organisiert. Noch letzte Woche fand beim «Tages- Anzeiger» eine Denkpause während der Arbeitszeit statt, dies unter dem Motto «lieber freie Gewerkschaften im Betrieb als ein gewerkschaftsfreier Betrieb». «Zwar bewirkten die diversen Aktionen noch nicht die Wiedereinstellung von Roland Kreuzer», sagte Lips gestern, «doch haben sie geholfen, dass die noch verbliebenen Gewerkschaftsexponenten in diesem Betrieb nicht ersticken. Auch ist erreicht worden, dass erstmals Produktionsarbeiter(innen) und Redaktionspersonal zusammengespannt haben. Dass ich hier angstfrei sprechen darf, ist ein Resultat dieser Solidarität. Der Grundstein für eine erfolgversprechende Gewerkschaftspolitik ist gelegt.»

Marianne Meister



Die vom Gewerkschaftsbund des Kantons Zug organisierte 1.-Mai-Feier lockte jung und alt auf den Landsgemeindeplatz.
Bild Rupy Enzler

Keine Falafel auf dem «Landsgi»

mm. Für Aufregung sorgte gestern der Falafel-Stand der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA). Nicht dass die arabische Spezialität nicht geschmeckt hätte, nein, der Grund für den Wirbel betraf den Standort. Die GSoA-Leute konnten ihre Speisen nicht auf dem Landsgemeindeplatz anbieten, sondern mussten mit einem Platz unterhalb der Rössliwiese vorliebnehmen. Darauf angesprochen, meinte Othmar Romer, Präsident des Gewerkschaftsbundes des Kantons Zug, dass nur Gewerkschaften ein Anrecht auf einen Stand gehabt hätten und sich keine termingerecht darum bemüht habe. «Zudem wollten wir keine vorgezogene Armee-Abschaffungs-Debatte.»